

## Fragebogen des LsV-Schwaben

### 1. Haben Sie einen direkten Bezug zur Landwirtschaft?

Den hatte ich zumindest, da ich über 10 Jahre auf einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft gelebt habe.

### 2. Kaufen Sie regional ein?

Ja

#### 2.1. Wenn ja, wie oft und wo?

Unterschiedlich. Bei Direktvermarktern, aber auch in Supermärkten, dort achte ich auf regionale Erzeugnisse.

### 3. Wie definieren Sie einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb?

Für mich heißt das, dass dieser von einer oder vielleicht auch mehreren Familien betrieben wird, der eigenes oder gepachtetes Land hat. Familienbetriebe sind in der Region verwurzelt und auf sie angewiesen und letztlich ist auch die Region auf sie angewiesen.

### 4. Wie sehen Sie den Stellenwert der deutschen Landwirtschaft in der Gesellschaft?

Für mich hat die Landwirtschaft einen sehr hohen und wichtigen Stellenwert. Ich denke, dass große Teile der Bevölkerung das ebenso sehen, dennoch fürchte ich auch, dass die Landwirtschaft insgesamt nicht den Stellenwert hat, den sie verdient hat.

#### 4.1. Wie kann man diesen Stellenwert maßgeblich verbessern?

Aus Sicht der LINKEN muss die Landwirtschaft wieder als das wahrgenommen werden, was sie ist: systemrelevant, eine wichtige Stütze in der Region, eine wichtige und schöne Arbeit. Das erreichen wir nur durch eine Stärkung der Regionalität mit einem massiven Ausbau von kleinen und mittleren Unternehmen in Verarbeitung und Vermarktung sowie durch eine Abkehr vom Preis- und Standardunterbietungswettbewerb im globalen Markt mit Freihandelsabkommen und Co, die nur international agierenden Konzernen nutzen. Wir wollen die Marktmacht der Produzierenden stärken und gute Lebensvoraussetzungen mit angemessenen Löhnen, guter Infrastruktur, bezahlbarem Boden und ausreichender Fläche schaffen.

#### 4.2. Was werden Sie persönlich dafür tun, um den Stellenwert der Landwirtschaft in der Gesellschaft zu verbessern?

Ich werde mich weiterhin für faire Erzeugerpreise in der Landwirtschaft einsetzen. Ich werde auch weiterhin aus den eigenen Erfahrungen berichten, wie schwierig es ist, vom aktuellen Milchpreis ein einträgliches Auskommen zu haben, das es noch dazu ermöglicht, Investitionen in den Betrieb zu ermöglichen. Ich war lange Jahre als Arbeitnehmervertreterin im Aufsichtsrat der Nestlé Deutschland. Aus dieser Erfahrung weiß ich, welche Marktmacht der Lebensmitteleinzelhandel hat, die gilt es durch ein effektives, gemeinwohlorientiertes Kartellrecht zu beschränken. Der Einkauf unterhalb der Produktionskosten muss verboten und die Marktmacht der Unternehmen in Verarbeitung und insbesondere Vermarktung beschränkt werden.

Außerdem befinde ich mich im Gespräch mit Direkterzeugern. Mir ist hier die Versorgung von Kitas, Schulen und Krankenhäusern mit regionalen Produkten wichtig. Regionalität muss eines der Hauptkriterien bei Ausschreibungsverfahren sein, nicht der Preis - auch so könnte man heimische Landwirtschaft stärken. Dazu müssen natürlich auch die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden.

5. Priorisieren Sie folgende Begriffe: Wirtschaft, Gesundheit, landwirtschaftliche Nutzflächen, bezahlbarer Wohnraum, Herkunft/Religion, Luxusgüter, CO2-Reduktion, regionale Produkte

Es ist schwierig, so unterschiedliche Dinge miteinander vergleichen zu wollen. Sicher ist aber: Luxusgüter sind schon dem Worte nach nicht wichtiger für das Leben (und damit die Politik) als Gesundheit, landwirtschaftliche Nutzflächen und bezahlbarer Wohnraum. Religion ist Privatsache, die Wirtschaft „nur“ Mittel zum Zwecke eines guten Lebens.

6. Wie kann die deutsche Landwirtschaft Ihrer Meinung nach besser an der Wertschöpfungskette teilnehmen?

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für kostendeckende Erzeuger- und bezahlbare Lebensmittelpreise durch faire Regeln entlang der Lieferkette ein. Dazu gehören u.a. ein geschärftes und gemeinwohlorientiertes Kartellrecht, eine Generalklausel gegen unlautere Handelspraktiken (alle unlauteren Handelspraktiken müssen verboten werden, auch bislang unbekannte), ein Verbot nicht-kostendeckender Erzeugungspreise inklusive nachfrageorientiertem Mengenmanagement, die unverzügliche Einrichtung der geplanten Meldestelle für unlautere Handelspraktiken und ein Werbeverbot mit Dumpingpreisen.

Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft fördern mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung in kurzen, kooperativen Lieferketten. Unser Ziel ist die Sicherung der Ernährungssouveränität – inklusive Futtermittelversorgung. Dazu wollen wir u. a. die EU-Agrarförderung an gemeinwohlorientierte Leistungen binden (sozial, ökologisch, Klima- und Tierschutz).

7. Brauchen wir eine noch umweltgerechtere Landwirtschaft in Deutschland?

- 7.1. Brauchen wir eine noch umweltgerechtere Landwirtschaft in Europa?

- 7.2 Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie?

Ja, das kann sie. Dazu gehört, dass Bedingungen und Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Wir wollen u. a. den Ökolandbau in Deutschland auf mindestens 25 Prozent der Agrarfläche bis 2030 ausbauen, einschließlich der regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Der Pestizideinsatz soll minimiert werden, einschließlich risikominimierender Anbausysteme, alternativer Pflanzenschutz- und -stärkungsmittel. Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer Transportwege und industrielle Massenproduktion. Megaställe lehnen wir ab. Zu einer tiergerechten Tierhaltung gehören eine integrierte tierärztliche Bestandsbetreuung und ausreichend gut ausgebildetes und bezahltes Betreuungspersonal sowie das Schließen von Regelungslücken bei Stärkung des Vollzugs (Veterinärbehörden, Schwerpunktstaatsanwalt- und Richterschaften). Die bisher profitierenden Konzerne entlang der Lebensmittelkette müssen an der Finanzierung des (sozial verträglichen) Umbaus und laufender Kosten angemessen beteiligt werden. Regionale, kooperativ organisierte Produktionsstrukturen und Wirtschafts- und Stoffkreisläufe

können das unterstützen wie ein am Gemeinwohl orientiertes Kartell- und Wettbewerbsrecht, inklusive Verbot aller unlauteren Handelspraktiken.

8. Welche Maßnahmen braucht es Ihrer Meinung nach für eine klimaneutrale Landwirtschaft?

8.1. Wer soll die Kosten für diese Maßnahmen tragen?

8.2. Soll die nicht-landwirtschaftliche Gesellschaft an den Kosten für die Maßnahmen beteiligt werden?

Zentral für uns ist die Regionalisierung. Damit ist nicht nur die Abkehr vom globalen Markt und der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten gemeint, sondern auch der Aufbau einer Ernährungssouveränität in Deutschland, die Transportwege minimiert und Lieferketten überschaubarer macht (vgl. auch die Antworten auf die Fragen 4 und 6).

Wir wollen eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik. Zahlungen sollen an Umwelt- und Sozialkriterien und den Tierschutz gebunden werden. Es sollen nicht so wie jetzt, ausschließlich die großen Betriebe vorrangig profitieren.

Die Kosten insgesamt sollen zum Teil von den Konzernen in Verarbeitung und Vermarktung übernommen werden und zum Teil vom Staat. Ziel muss es sein, dass Landwirt\*innen kostendeckend produzieren können und Lebensmittel trotzdem bezahlbar sind.

9. Wie wollen Sie die Landwirtschaft im Bereich der Erneuerbaren Energien wieder stärker einbinden?

Wir setzen uns für eine bessere Förderung der Agri-Photovoltaik ein. Die Produktion von Erneuerbaren Energien darf der Ernährungssicherung und einer nachhaltigen Flächennutzung nicht entgegenstehen. Priorität müssen versiegelte oder vorbelastete Flächen sowie duale Nutzungskonzepte haben.

10. Weg von den fossilen Energieträgern hin zu regenerativen Energien – inwiefern kann in Ihren Augen die Landwirtschaft hier einen Beitrag leisten?

Wie schon in den Antworten auf die Fragen 8 und 9 beschrieben, kann die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten. Die Erzeugung von Biogas kann als Energiequelle dienen oder auch Solaranlagen auf den Dächern, was viele Landwirt\*innen bereits haben.

11. Sind Sie für eine generelle Herkunfts-Kennzeichnungspflicht aller LM (Rohware und Verarbeiter)

11.1. Wenn ja, wie könnte diese Ihrer Meinung nach aussehen?

DIE LINKE ist für eine verpflichtende staatliche Herkunfts- und Tierwohlkennzeichnung für alle Lebensmittel, die tierische Zutaten enthalten. Nur so haben Verbraucher\*innen die realistische Chance diese Kriterien am Produkt zu bewerten. Wir befürworten eine Ausweitung der Herkunftskennzeichnung bei Eiern auf Produkte, die verarbeitete Eier enthalten, um Käfighaltung weiter zu reduzieren. Im Grundsatz sehen wir die Eier-Kennzeichnung als gelungenes Beispiel, die auf andere Tierarten übertragbar ist.

12. Wie stellen Sie sich Ernährungssouveränität in Deutschland oder der EU vor, mit dem Hintergrund der Zwangsökologisierung durch API, Umschichtung in die zweite Säule mit gleichzeitigem Import von Lebensmitteln, Futtermilch (Hintergrund: andere Standards, Umweltzerstörung durch Lebensmittelproduktion in anderen Ländern/auf anderen Kontinenten)?

Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft fördern mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung in kurzen, kooperativen Lieferketten. Das bedeutet die Abkehr von der Ausrichtung auf globale Märkte und Schutzzölle für besonders sensible Produkte. Unser Ziel ist die Sicherung der Ernährungssouveränität – inklusive Futtermittelversorgung. Dazu wollen wir u. a. die EU-Agrarförderung an gemeinwohlorientierte Leistungen binden (sozial, ökologisch, Klima- und Tierschutz). Die Erste Säule als einkommenswirksame Stütze der Landwirt\*innen wollen wir nicht schmälern. *Österreich zeigt uns, wie es gehen kann. Hier wurde die Daseinsvorsorge ins Grundgesetz aufgenommen. Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit heimischen Produkten ist ein gutes Staatsziel und sollte europaweit festgelegt werden.*

13. Kenne Sie die Düngeverordnung?

13.1. Wenn ja, wie stehen Sie dazu?

Ja. Das neue Düngepaket – also Düngegesetz, Düngeverordnung und Stoffstrombilanz-Verordnung – war lange überfällig. Die verschiedenen Bundesregierungen haben viel zu lange versucht, das Problem auszusitzen. Statt frühzeitig einen breiten Dialogprozess zu führen, um praktikable, ergebnisorientierte und verbindliche Regelungen zu finden mit angemessenen Übergangszeiträumen, umfassender Förderung und kostenfreier unabhängiger Beratung der Betriebe ist jahrzehntelang nichts passiert, bis eine EU-Klage Handeln erzwungen hat. Um die Umweltbelastung wirksam zu minimieren, müssen sowohl der Einfluss einzelner Betriebe (Hoftorbilanz) als auch die Belastungssituation in der Region insgesamt betrachtet werden. Messstellen müssen selbstverständlich einheitlichen und wissenschaftlichen Vorgaben folgen – auch als vertrauensbildende Maßnahme. Historische Einträge und örtliche Gegebenheiten sind zu berücksichtigen.

14. Wie stehen Sie zum Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln?

14.1. An welcher Stelle sehen Sie Verbesserungsbedarf?

Glyphosat und Neonikotinoide müssen verboten werden. Wir wollen Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. In der EU nicht zugelassene Pestizide und Pestizidwirkstoffe dürfen weder in Deutschland produziert noch exportiert werden. Durch eine ambitionierte Pestizidreduktionsstrategie sind die Agrarbetriebe beim Umbau zu umweltfreundlichem Ackerbau zu unterstützen.

Anwendende müssen sich darauf verlassen können, dass zugelassene Pflanzenschutzmittel nicht gesundheitlich oder ökologisch gefährlich sind. Die derzeitige Praxis der Zulassung kann das durch Abhängigkeit von Pflanzenschutzmittelherstellern und umfassende Intransparenz nicht gewährleisten. Die Forschung zu alternativem Pflanzenschutz und Pflanzenstärkung oder zu präventiven Anbaukonzepten muss gestärkt und die zügige Überführung in die Praxis z. B. durch unabhängige Beratung unterstützt werden. Zudem setzt DIE LINKE zu aller erst auf die Stärkung der

Pflanzengesundheit noch vor dem Mitteleinsatz. In Notfällen müssen Pflanzenschutzmittel verfügbar sein. Auch durch den Druck der LINKEN ist das Personal in der Zulassungsstelle des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) aufgestockt worden.

15. Welchen Arbeitsschutz, Rente, etc. planen Sie für Akteure aus der Landwirtschaft?

Grundsätzlich verfolgt DIE LINKE das Ziel, alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Unser Konzept der Solidarischen Erwerbstätigenversicherung bietet eine gesetzliche Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler\*innen, Beamt\*innen, Manager\*innen und Politiker\*innen. Das Ziel ist eine gerechte und solidarische Beitragszahlung und soziale Sicherung inklusive Schutz vor Altersarmut. Bis dahin unterstützen wir die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), die durch ihre Sonderstellung speziell Familien und Mitarbeitende in grünen Berufen unterstützen und auf ihre konkreten Belange eingehen kann. Durch Bundeszuschüsse muss wenigstens der Status quo gesichert bleiben.